



Lagerlogistik

Free Practice Test — 30 Real Exam-Style Questions

with full answer key & explanations

**Unlock the full bank of 496 questions
+ unlimited timed mock exams + mistake book**

Practice on the web: <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99 / week · \$6.99 / month · cancel anytime

What you unlock: all 496 questions • unlimited timed mock exams • mistake book • instant explanations

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Practice Questions

Try all 30 first, then check the answer key at the back.

Want the other 466+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

1. Welche Aussage zum Wechsel als Zahlungs- und Kreditmittel ist zutreffend?

- A. Der Bezogene (Trassat) ist verpflichtet, den Wechsel zu akzeptieren, sobald der Aussteller ihn vorlegt.
- B. Durch Indossierung überträgt der bisherige Inhaber das Eigentum am Wechsel; jeder Indossant haftet dabei gegenüber späteren Inhabern für die Einlösung.
- C. Ein Wechsel kann nur einmal übertragen werden und danach nicht mehr weitergegeben werden.
- D. Beim Wechseldiskont zahlt die Bank dem Einreicher den vollen Nennwert des Wechsels sofort aus.

2. Welche Aussage zur Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken ist korrekt?

- A. Nur die Europäische Zentralbank ist berechtigt, Giralgeld zu schaffen.
- B. Giralgeld entsteht ausschließlich durch Bargeldeinlagen von Kunden bei der EZB.
- C. Geschäftsbanken schaffen Giralgeld, indem sie Kredite vergeben, die als Einlagen im Bankensystem verbleiben und erneut verliehen werden können.
- D. Geschäftsbanken müssen jeden vergebenen Kredit zu 100 % durch Eigenkapital unterlegen.

3. Was muss ein Verbraucherdarlehensvertrag laut Bürgerlichem Gesetzbuch (BGB) zwingend enthalten?

- A. Den Namen des zuständigen Filialleiters sowie die Unterschrift des Bankvorstands
- B. Den effektiven Jahreszins, den Gesamtbetrag aller Zahlungen und die Laufzeit des Darlehens
- C. Eine notarielle Beglaubigung und die Benennung eines Bürgen aus dem Verwandtenkreis
- D. Den aktuellen Disporahmen aller bestehenden Konten des Kreditnehmers

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



4. Ein Gabelstapler hat laut Lastdiagramm bei einem Lastschwerpunktabstand von 500 mm eine Tragfähigkeit von 2.500 kg. Welche Aussage ist korrekt, wenn der Schwerpunkt der aufzunehmenden Last tatsächlich 700 mm von der Gabelvorderkante entfernt liegt?

- A. Die Tragfähigkeit bleibt 2.500 kg, solange das tatsächliche Gewicht diesen Wert nicht übersteigt.
- B. Die zulässige Traglast ist geringer als 2.500 kg, da der größere Lastschwerpunktabstand das Kippmoment erhöht.
- C. Die Tragfähigkeit steigt, weil der längere Hebelarm mehr Hubkraft erzeugt.
- D. Der Stapler darf in diesem Fall grundsätzlich nicht eingesetzt werden.

5. Ein Gabelstapler ist mit einem Rückhaltesystem (Sicherheitsgurt) ausgestattet. Was schreibt die DGUV Vorschrift 68 dem Staplerfahrer für den Betrieb des Fahrzeugs vor?

- A. Der Gurt muss nur bei Fahrten im Außenbereich oder auf öffentlichen Verkehrsflächen angelegt werden.
- B. Das Anlegen des Gurtes wird dringend empfohlen, liegt aber letztlich im Ermessen des Fahrers.
- C. Der Gurt ist beim Betrieb des Staplers stets anzulegen, sobald ein solches System vorhanden ist.
- D. Der Gurt ist nur bei Fahrgeschwindigkeiten über 6 km/h oder beim Befahren von Rampen Pflicht.

6. Welche Grundlagen regeln in Deutschland die Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen verbindlich?

- A. Ausschließlich § 22 StVO regelt die Ladungssicherung; Normen und Richtlinien wie VDI 2700 sind rein unverbindliche Empfehlungen ohne Rechtswirkung.
- B. Die Ladungssicherung wird durch § 22 StVO (rechtliche Grundpflicht), die DIN EN 12195-1 (Berechnungsnorm für Zurrkräfte) und die VDI-Richtlinie 2700 (praxisbezogene Umsetzung) geregelt; alle drei werden als Stand der Technik anerkannt.
- C. Für Transporte auf abgesperrten Betriebsgeländen gelten keinerlei Vorschriften zur Ladungssicherung.
- D. Die Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen ist ausschließlich durch die Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) geregelt, die alle anderen Normen vollständig ersetzt.

Want the other 466+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

7. Was gibt die Kennzeichnung 'LC 2500 daN' auf einem Zurrgurt an?

- A. Die maximale zulässige Zurrkraft (Lashing Capacity) des Gurts beträgt 2500 daN
- B. Das Eigengewicht des Gurts beträgt 2500 g
- C. Die Bruchlast des Gurts beträgt 2500 daN
- D. Die Länge des Gurts ist auf 2500 mm begrenzt



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



8. Welche Pflicht obliegt dem Auszubildenden ausdrücklich gemäß § 13 BBiG?

- A. Die monatliche Ausbildungsvergütung eigenverantwortlich beim Auszubildenden einzufordern
- B. Einen schriftlichen oder elektronischen Ausbildungsnachweis zu führen
- C. Den Ausbilder regelmäßig über bevorstehende Berufsschultermine zu informieren
- D. Die anfallenden Prüfungsgebühren selbst zu tragen

9. Wie ist die Vergütungspflicht des Auszubildenden an Tagen zu behandeln, an denen der Auszubildende am Berufsschulunterricht teilnimmt?

- A. Die Vergütung wird anteilig für Berufsschultage gekürzt
- B. Der Auszubildende erhält an Berufsschultagen stattdessen eine staatliche Förderung
- C. Die Vergütung ist weiterzuzahlen, da Berufsschulzeiten als Ausbildungszeit gelten
- D. Die Vergütungspflicht entfällt, weil die Berufsschule eine staatliche Einrichtung ist

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

10. Was sieht § 23 BBiG für den Fall vor, dass eine Vertragspartei das Berufsausbildungsverhältnis nach der Probezeit ohne rechtfertigenden Grund vorzeitig auflöst?

- A. Die kündigende Partei verliert alle Ansprüche auf ein Ausbildungszeugnis
- B. Die zuständige Stelle kann eine kostenpflichtige Nachschulung anordnen
- C. Der anderen Partei steht ein Anspruch auf Schadensersatz zu
- D. Das Berufsausbildungsverhältnis gilt rückwirkend als nie zustande gekommen

11. Unter welcher Voraussetzung ist eine außerordentliche Kündigung des Berufsausbildungsverhältnisses nach Ablauf der Probezeit gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 BBiG zulässig?

- A. Bei wiederholtem unentschuldigtem Zuspätkommen des Auszubildenden ohne vorherige Abmahnung
- B. Wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der die Fortsetzung des Ausbildungsverhältnisses unzumutbar macht
- C. Bei betrieblichen Umstrukturierungen, die den Ausbildungsplatz überflüssig machen
- D. Wenn der Auszubildende die Zwischenprüfung nicht bestanden hat

12. Welches Ziel wird mit einer optimierten Kommissionier-Reihenfolge (Wegoptimierung) in erster Linie verfolgt?

- A. Die Lagerkapazität soll durch bessere Regalnutzung erhöht werden.
- B. Die Fehlerquote bei der Entnahme soll durch klare Reihenfolge gesenkt werden.
- C. Die zurückgelegte Wegstrecke des Kommissionierers soll minimiert werden.
- D. Die Lieferzeiten für Sperrgut sollen verkürzt werden.



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Want the other 466+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

13. Nach der Kommissionierung werden alle Packstücke einer Kontrollwiegung unterzogen. Welchem Zweck dient diese Maßnahme in erster Linie?

- A. Die Transportkosten werden anhand des genauen Versandgewichts berechnet.
- B. Die Haltbarkeit von Lebensmitteln wird durch das regelmäßige Wiegen der Packstücke überwacht.
- C. Mengenfehler bei der Kommissionierung werden erkannt, da Abweichungen vom Sollgewicht auf fehlende oder überzählige Artikel hindeuten.
- D. Die Tragfähigkeit des Versandmaterials wird vor dem Versand geprüft.

14. Welche Kennzahl beschreibt am direktesten die individuelle Arbeitsleistung eines Kommissionierers?

- A. Lagerumschlagshäufigkeit (Anzahl der Lagerumschläge pro Jahr)
- B. Picks pro Stunde (Anzahl der Entnahmen je Zeiteinheit)
- C. Kapitalbindungskosten pro belegtem Lagerplatz
- D. Bestandsreichweite in Verkaufstagen

15. Wie viele Mitglieder sind zur Gründung einer eingetragenen Genossenschaft (eG) nach dem Genossenschaftsgesetz (GenG) mindestens erforderlich?

- A. 2 Mitglieder
- B. 3 Mitglieder
- C. 5 Mitglieder
- D. 7 Mitglieder

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

16. Welche Maßnahme ist charakteristisch für eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik?

- A. Staatliche Konjunkturprogramme zur direkten Stimulierung der Konsumnachfrage
- B. Ausweitung des Staatsdefizits zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturprojekte
- C. Senkung der Unternehmensteuern und Deregulierung zur Stärkung der Investitionsanreize
- D. Erhöhung von Sozialleistungen zur Stärkung der Kaufkraft einkommensschwacher Haushalte



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



17. Welches Ziel verfolgt die Berechnung der optimalen (wirtschaftlichen) Bestellmenge?

- A. Die Anzahl der Bestellvorgänge pro Jahr möglichst gering zu halten.
- B. Die Gesamtkosten aus Bestellkosten und Lagerhaltungskosten zu minimieren.
- C. Den Lagerbestand möglichst hoch zu halten, um Lieferengpässe zu vermeiden.
- D. Den Sicherheitsbestand vollständig zu ersetzen.

18. Was versteht man in der Lagerhaltung unter einem 'Schnelldreher'?

- A. Ein Artikel, der aufgrund seines hohen Gewichts maschinell umgelagert werden muss.
- B. Eine Ware, die sehr selten bestellt wird und einen hohen Sicherheitsbestand erfordert.
- C. Ein Artikel, der häufig umgeschlagen wird und sich nur kurze Zeit im Lager befindet.
- D. Ein Produkt, das ausschließlich im Hochregallager gelagert werden darf.

Want the other 466+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

19. Viele Unternehmen stellen ihren Lieferanten schriftliche Anliefervorschriften (auch 'Lieferantenrichtlinien' oder 'Vendor Compliance Guide' genannt) zur Verfügung. Welche Inhalte sind typischerweise darin geregelt?

- A. Angaben zur Unternehmensgeschichte und dem Gründungsjahr des Warenempfängers
- B. Vorgaben zu Verpackungseinheiten, Etikettierungsanforderungen, Anlieferzeitfenstern und Palettierungsvorschriften
- C. Die Gehaltsstruktur und Schichtpläne der Mitarbeiter im Wareneingang
- D. Interne Sicherheitsvorschriften und Brandschutzpläne für das Lagerpersonal

20. Ein Lkw-Fahrer übergibt beim Entladen neben dem Lieferschein auch einen Lademittelbegleitschein. Welche Funktion hat dieses Dokument im Wareneingang?

- A. Er belegt die CE-Zertifizierung und geprüfte Tragfähigkeit der angelieferten Lademittel
- B. Er dient als Ersatz für den Lieferschein, wenn dieser unleserlich oder beschädigt ist
- C. Er dokumentiert Anzahl und Art der mitgelieferten Lademittel (z. B. Europaletten) und bildet die Basis für die korrekte Abwicklung des Tausch- oder Gutschriftverfahrens
- D. Er bestätigt, dass die Lademittel bereits im Lagerverwaltungssystem des Empfängers erfasst wurden



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



21. Der Staat erhebt eine neue Verbrauchsteuer auf alkoholische Getränke, die von den Herstellern abzuführen ist. Welche unmittelbare Marktreaktion ist typischerweise zu erwarten?

- A. Die Angebotskurve verschiebt sich nach links, der Gleichgewichtspreis steigt und die Gleichgewichtsmenge sinkt.
- B. Die Nachfragekurve verschiebt sich nach rechts, da Verbraucher Vorräte anlegen wollen.
- C. Das Angebot bleibt unverändert, da die Steuer nur den Staatshaushalt betrifft.
- D. Der Gleichgewichtspreis sinkt, da Hersteller günstiger verkaufen, um Umsatzeinbußen zu vermeiden.

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

22. Frau Vogel kauft ein gebrauchtes Auto. Kurz nach dem Kauf stellt eine Fachwerkstatt erhebliche Vorschäden am Motor fest, die der Verkäufer kannte, aber bewusst verschwieg. Welches Recht kann Frau Vogel vorrangig geltend machen?

- A. Ausschließlich Nacherfüllung in Form einer Reparatur auf Kosten des Verkäufers
- B. Anfechtung des Kaufvertrags wegen arglistiger Täuschung gemäß § 123 BGB
- C. Nur Minderung des Kaufpreises, da gebrauchte Fahrzeuge grundsätzlich mangelbehaftet sind
- D. Keine Rechte, da beim Gebrauchtwagenkauf ein genereller Gewährleistungsausschluss gilt

23. Wie lange beträgt die gesetzliche Gewährleistungsfrist für neu gekaufte Waren im Verbrauchsgüterkauf nach dem BGB?

- A. 6 Monate ab Gefahrübergang
- B. 1 Jahr ab Kaufdatum
- C. 2 Jahre ab Gefahrübergang
- D. 3 Jahre ab Entdeckung des Mangels

24. Ein Möbelhaus legt seiner Rechnung nach dem Kauf erstmals eine Kopie seiner Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) bei. Der Kunde hatte diese AGB vor oder beim Vertragsschluss weder erhalten noch die Möglichkeit, sie einzusehen. Sind die AGB wirksam Bestandteil des Kaufvertrags geworden?

- A. Nein, denn AGB werden nach § 305 Abs. 2 BGB nur dann Vertragsbestandteil, wenn der Verwender vor oder bei Vertragsschluss ausdrücklich auf sie hinweist und der anderen Partei die Möglichkeit gibt, von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen.
- B. Ja, denn die AGB wurden mit der Rechnung übermittelt und gelten damit rückwirkend als vereinbart.
- C. Ja, sofern die AGB keine überraschenden Klauseln im Sinne von § 305c BGB enthalten.
- D. Nein, denn AGB dürfen im stationären Einzelhandel gegenüber Verbrauchern grundsätzlich nicht verwendet werden.



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Want the other 466+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

25. Welche der folgenden Aufwendungen kann ein Arbeitnehmer bei der Einkommensteuer als Sonderausgabe geltend machen?

- A. Bewerbungskosten für eine neue Stelle
- B. Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung
- C. Aufwendungen für die Anschaffung eines beruflich genutzten Laptops
- D. Fahrtkosten zu einer beruflichen Weiterbildungsveranstaltung des Arbeitgebers

26. Welches Grundprinzip der gesetzlichen Sozialversicherung besagt, dass Mitglieder entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Beiträge zahlen und unabhängig davon bei Bedarf Leistungen erhalten?

- A. Äquivalenzprinzip
- B. Solidaritätsprinzip
- C. Kapitaldeckungsprinzip
- D. Subsidiaritätsprinzip

27. Wie lange ist die allgemeine Wartezeit, die für den Bezug einer Regelaltersrente in der gesetzlichen Rentenversicherung mindestens erfüllt sein muss?

- A. 5 Jahre (60 Monate)
- B. 10 Jahre (120 Monate)
- C. 15 Jahre (180 Monate)
- D. 35 Jahre (420 Monate)

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

28. Wer ist auf Arbeitnehmerseite berechtigt, einen Tarifvertrag abzuschließen?

- A. Ausschließlich Gewerkschaften
- B. Der Betriebsrat
- C. Jeder einzelne Arbeitnehmer
- D. Der Betriebsrat gemeinsam mit dem Arbeitnehmer



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



29. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 legt vier gesamtwirtschaftliche Ziele fest, die als 'Magisches Viereck' bekannt sind. Welche Kombination ist korrekt?

- A. Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, angemessenes Wirtschaftswachstum
- B. Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit
- C. Wirtschaftswachstum, Exportsteigerung, Vollbeschäftigung, Steuersenkung
- D. Preisstabilität, Wohlstandsverteilung, Wirtschaftswachstum, Außenhandelsüberschuss

30. Ein Arbeitnehmer arbeitet in Vollzeit an fünf Tagen pro Woche. Wie viele Urlaubstage stehen ihm nach dem Bundesurlaubsgesetz (BUrlG) mindestens pro Kalenderjahr zu?

- A. 28 Arbeitstage
- B. 24 Arbeitstage
- C. 20 Arbeitstage
- D. 30 Arbeitstage



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Answer Key & Explanations

You just practised 30 of 496. Unlock every question + timed mocks at
<https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

1. B — Durch Indossierung überträgt der bisherige Inhaber das Eigentum am Wechsel; jeder Indossant haftet dabei gegenüber späteren Inhabern für die Einlösung.

Durch Indossament (Unterschrift auf der Rückseite) wird das Eigentum am Wechsel übertragen. Jeder Indossant haftet als Rückgriffsverpflichteter: Zahlt der Hauptschuldner (Akzeptant) nicht, können spätere Inhaber gegen frühere Indossanten Rückgriff nehmen (Wechselregress). Why the other options are incorrect:

- Der Bezogene (Trassat) ist verpflichtet, den Wechsel zu akzeptieren, sobald der Aussteller ihn vorlegt.: Der Bezogene ist nicht automatisch zur Annahme verpflichtet. Erst durch sein Akzept (Unterschrift) wird er zum Wechselschuldner (Akzeptanten) und damit zahlungspflichtig.
- Ein Wechsel kann nur einmal übertragen werden und danach nicht mehr weitergegeben werden.: Ein Wechsel kann durch Indossament beliebig oft übertragen werden; eine gesetzliche Begrenzung auf eine einzige Übertragung besteht nicht.
- Beim Wechseldiskont zahlt die Bank dem Einreicher den vollen Nennwert des Wechsels sofort aus.: Beim Wechseldiskont zieht die Bank Diskontzinsen für die verbleibende Laufzeit sowie Spesen ab und zahlt nur den Barwert (Diskontwert) aus, nicht den vollen Nennbetrag.

2. C — Geschäftsbanken schaffen Giralgeld, indem sie Kredite vergeben, die als Einlagen im Bankensystem verbleiben und erneut verliehen werden können.

Durch die Kreditvergabe schreiben Geschäftsbanken den Kreditbetrag als Einlage gut (Buchgeld). Dieser Betrag fließt als Einlage zurück ins Bankensystem und kann erneut als Kredit vergeben werden – sog. multiplikative Giralgeldschöpfung. Why the other options are incorrect: • Nur die Europäische Zentralbank ist berechtigt, Giralgeld zu schaffen.: Die EZB schafft Zentralbankgeld (Bargeld und Reserven), aber Giralgeld (Buchgeld) entsteht durch die Kreditvergabe der Geschäftsbanken. • Giralgeld entsteht ausschließlich durch Bargeldeinlagen von Kunden bei der EZB.: Giralgeld entsteht nicht durch Einlagen bei der EZB, sondern durch Buchungen der Geschäftsbanken bei der Kreditvergabe. • Geschäftsbanken müssen jeden vergebenen Kredit zu 100 % durch Eigenkapital unterlegen.: Eine 100-%-Deckungspflicht würde dem Vollreserve-Modell entsprechen, das in der Praxis nicht gilt. Banken halten lediglich eine Mindestreserve bei der EZB.

3. B — Den effektiven Jahreszins, den Gesamtbetrag aller Zahlungen und die Laufzeit des Darlehens

Gemäß §§ 491 ff. BGB (Verbraucherdarlehensvertrag) müssen u. a. der effektive Jahreszins, der Nettodarlehensbetrag, der Gesamtbetrag aller Zahlungen sowie die Laufzeit zwingend schriftlich angegeben werden. So werden Verbraucher transparent über die tatsächlichen Kosten informiert. Why the other options are incorrect: • Den Namen des zuständigen Filialleiters sowie die Unterschrift des Bankvorstands: Persönliche Angaben zum Filialleiter oder zum Vorstand sind keine gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtangaben im Verbraucherdarlehensvertrag. • Eine notarielle Beglaubigung und die Benennung eines Bürgen aus dem Verwandtenkreis: Ein Verbraucherdarlehen erfordert keine notarielle Beurkundung. Notarielle Beglaubigungen sind z. B. bei Grundschulden üblich, aber nicht als generelle Pflichtangabe im Darlehensvertrag vorgeschrieben. • Den aktuellen Disporahmen aller bestehenden Konten des Kreditnehmers: Der Disporahmen anderer Konten ist für den Darlehensvertrag selbst nicht relevant und wird im Vertrag nicht ausgewiesen. Er kann allenfalls bei der Bonitätsprüfung eine Rolle spielen.



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



4. B — Die zulässige Traglast ist geringer als 2.500 kg, da der größere Lastschwerpunkt Abstand das Kippmoment erhöht.

Das Lastdiagramm gilt nur für den angegebenen Lastschwerpunkt Abstand. Bei einem größeren Abstand wirkt ein höheres Kippmoment um die Vorderachse als Kipplinie, weshalb die tatsächlich zulässige Traglast sinkt. Die genaue Traglast für den größeren Abstand ist dem Lastdiagramm des Herstellers zu entnehmen. Why the other options are incorrect: • Die Tragfähigkeit bleibt 2.500 kg, solange das tatsächliche Gewicht diesen Wert nicht übersteigt.: Das Gewicht allein ist nicht entscheidend. Maßgeblich ist das Drehmoment (Kraft \times Abstand) um die Kipplinie. Ein größerer Abstand erhöht das Kippmoment, auch wenn das Gewicht gleich bleibt. • Die Tragfähigkeit steigt, weil der längere Hebelarm mehr Hubkraft erzeugt.: Ein größerer Lastschwerpunkt Abstand erhöht das Kippmoment zu Ungunsten der Standsicherheit – die zulässige Traglast sinkt, sie steigt nicht. • Der Stapler darf in diesem Fall grundsätzlich nicht eingesetzt werden.: Ein Einsatz ist möglich, sofern das tatsächliche Gewicht der Last die für den größeren Schwerpunkt Abstand geltende, reduzierte Traglast laut Lastdiagramm nicht überschreitet.

5. C — Der Gurt ist beim Betrieb des Staplers stets anzulegen, sobald ein solches System vorhanden ist.

Ist ein Rückhaltesystem vorhanden, muss der Fahrer dieses laut DGUV Vorschrift 68 beim Betrieb des Staplers stets anlegen. Bei einem Kippunfall schützt der Gurt davor, aus dem Fahrzeug geschleudert zu werden – dies ist die häufigste Todesursache bei Staplerumkippen-Unfällen. Why the other options are incorrect: • Der Gurt muss nur bei Fahrten im Außenbereich oder auf öffentlichen Verkehrsflächen angelegt werden.: Falsch: Die Gurtpflicht gilt für den gesamten Betrieb des Staplers und ist nicht auf Außen- oder Straßenfahrten beschränkt. Kippunfälle können auch im Lager auftreten. • Das Anlegen des Gurtes wird dringend empfohlen, liegt aber letztlich im Ermessen des Fahrers.: Falsch: Ist ein Rückhaltesystem vorhanden, ist das Anlegen keine Empfehlung, sondern eine verbindliche Pflicht nach DGUV Vorschrift 68. • Der Gurt ist nur bei Fahrgeschwindigkeiten über 6 km/h oder beim Befahren von Rampen Pflicht.: Falsch: Eine Geschwindigkeitsschwelle als Auslöser für die Gurtpflicht existiert nicht. Der Gurt ist anzulegen, sobald das Fahrzeug bewegt wird, unabhängig von der Geschwindigkeit.

6. B — Die Ladungssicherung wird durch § 22 StVO (rechtliche Grundpflicht), die DIN EN 12195-1 (Berechnungsnorm für Zurrkräfte) und die VDI-Richtlinie 2700 (praxisbezogene Umsetzung) geregelt; alle drei werden als Stand der Technik anerkannt.

§ 22 StVO begründet die rechtliche Pflicht zur Ladungssicherung. Die DIN EN 12195-1 definiert, wie Zurrkräfte europaweit einheitlich berechnet werden. Die VDI-Richtlinie 2700 liefert die praxisnahe Umsetzungsanleitung. Gerichte erkennen diese Normen als Stand der Technik an, sodass ihre Einhaltung als Nachweis ordnungsgemäßer Sicherung gilt. Why the other options are incorrect: • Ausschließlich § 22 StVO regelt die Ladungssicherung; Normen und Richtlinien wie VDI 2700 sind rein unverbindliche Empfehlungen ohne Rechtswirkung.: § 22 StVO definiert die Pflicht zur Sicherung, nicht das technische 'Wie'. DIN EN 12195-1 und VDI 2700 konkretisieren die Anforderungen und sind von Gerichten als anerkannter Stand der Technik eingestuft. • Für Transporte auf abgesperrten Betriebsgeländen gelten keinerlei Vorschriften zur Ladungssicherung.: Auch auf Betriebsgeländen greifen DGUV-Vorschriften und die Betriebssicherheitsverordnung, die Anforderungen an den sicheren Transport von Lasten stellen. Die StVO gilt zwar nur auf öffentlichen Straßen, schließt aber innerbetriebliche Pflichten nicht aus. • Die Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen ist ausschließlich durch die Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) geregelt, die alle anderen Normen vollständig ersetzt.: Die BetrSichV regelt den sicheren Betrieb von Arbeitsmitteln und Anlagen – nicht die Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen. Sie ersetzt weder § 22



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



StVO noch DIN-Normen oder VDI-Richtlinien in diesem Bereich.

7. A — Die maximale zulässige Zurrkraft (Lashing Capacity) des Gurts beträgt 2500 daN

LC steht für 'Lashing Capacity' und bezeichnet die maximale zulässige Zurrkraft des Zurrmittels gemäß EN 12195-2. Sie gibt an, wie viel Kraft das Zurrmittel im Betrieb maximal aufnehmen darf. Why the other options are incorrect: • Das Eigengewicht des Gurts beträgt 2500 g: Das Eigengewicht eines Gurts wird nicht in daN angegeben und hat keine Relevanz für die Ladungssicherungsberechnung. • Die Bruchlast des Gurts beträgt 2500 daN: Die Bruchlast (Breaking Strength) ist ein anderer Wert und liegt deutlich höher als die LC – sie ist nicht mit der LC gleichzusetzen. • Die Länge des Gurts ist auf 2500 mm begrenzt: Die Länge eines Zurrgurts wird separat angegeben und hat keine Verbindung zur Kennzeichnung 'LC'.

8. B — Einen schriftlichen oder elektronischen Ausbildungsnachweis zu führen

Gemäß § 13 Satz 2 Nr. 7 BBiG sind Auszubildende verpflichtet, einen schriftlichen oder elektronischen Ausbildungsnachweis (Berichtsheft) zu führen. Why the other options are incorrect: • Die monatliche Ausbildungsvergütung eigenverantwortlich beim Auszubildenden einzufordern: Die Vergütung ist vom Auszubildenden zu zahlen; eine aktive Einforderungspflicht des Auszubildenden ergibt sich aus § 13 BBiG nicht. • Den Ausbilder regelmäßig über bevorstehende Berufsschultermine zu informieren: Die Unterrichtung des Auszubildenden über Berufsschultermine ist keine gesetzlich normierte Pflicht nach § 13 BBiG. • Die anfallenden Prüfungsgebühren selbst zu tragen: Prüfungsgebühren werden nicht dem Auszubildenden auferlegt; sie gehören zu den Kosten, die der Auszubildende zu tragen hat.

9. C — Die Vergütung ist weiterzuzahlen, da Berufsschulzeiten als Ausbildungszeit gelten

Nach § 19 Abs. 1 Nr. 1 BBiG ist die Vergütung auch für die Zeit fortzuzahlen, in der Auszubildende am Berufsschulunterricht teilnehmen, weil diese Zeit auf die Ausbildungszeit angerechnet wird. Why the other options are incorrect: • Die Vergütung wird anteilig für Berufsschultage gekürzt: Eine Kürzung der Vergütung für Berufsschultage ist unzulässig; das BBiG schreibt die Fortzahlung ausdrücklich vor. • Der Auszubildende erhält an Berufsschultagen stattdessen eine staatliche Förderung: Es gibt keine staatliche Förderung, die die betriebliche Vergütungspflicht an Berufsschultagen ersetzt. • Die Vergütungspflicht entfällt, weil die Berufsschule eine staatliche Einrichtung ist: Die staatliche Trägerschaft der Berufsschule ändert nichts an der Vergütungspflicht des Auszubildenden gegenüber dem Auszubildenden.

10. C — Der anderen Partei steht ein Anspruch auf Schadensersatz zu

§ 23 BBiG regelt, dass bei vorzeitiger Auflösung des Berufsausbildungsverhältnisses nach der Probezeit die Partei, die die Auflösung zu vertreten hat, der anderen Partei Schadensersatz zu leisten hat. Dies soll ungerechtfertigte Kündigungen sanktionieren. Why the other options are incorrect: • Die kündigende Partei verliert alle Ansprüche auf ein Ausbildungszeugnis: Falsch. Der Zeugnisanspruch nach § 16 BBiG besteht unabhängig davon, ob die Kündigung berechtigt war. Ein Verlust des Zeugnisanspruchs ist gesetzlich nicht vorgesehen. • Die zuständige Stelle kann eine kostenpflichtige Nachschulung anordnen: Falsch. § 23 BBiG begründet zivilrechtliche Schadensersatzansprüche zwischen den Vertragsparteien. Eine Befugnis der zuständigen Stelle zur Anordnung von Nachschulungen ergibt sich daraus nicht. • Das Berufsausbildungsverhältnis gilt rückwirkend als nie zustande gekommen: Falsch. Das Berufsausbildungsverhältnis ist ein wirksam geschlossener Vertrag und wird durch eine unrechtmäßige Kündigung nicht rückwirkend nichtig, sondern löst Schadensersatzpflichten aus.

11. B — Wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der die Fortsetzung des Ausbildungsverhältnisses unzumutbar macht

Nach § 22 Abs. 2 Nr. 1 BBiG ist nach Ablauf der Probezeit eine Kündigung nur aus einem wichtigen Grund



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



möglich. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen bestehen, die unter Berücksichtigung aller Umstände und beiderseitiger Interessen eine Fortsetzung des Verhältnisses unzumutbar machen. Why the other options are incorrect: • Bei wiederholtem unentschuldigtem Zuspätkommen des Auszubildenden ohne vorherige Abmahnung: Falsch. Wiederholtes Zuspätkommen allein reicht für eine außerordentliche Kündigung nicht aus. Es bedarf in der Regel einer vorherigen Abmahnung, bevor ein wichtiger Grund angenommen werden kann. • Bei betrieblichen Umstrukturierungen, die den Ausbildungsplatz überflüssig machen: Falsch. Betriebliche Umstrukturierungen berechtigen den Auszubildenden nicht zur außerordentlichen Kündigung. Das BBiG schützt Auszubildende ausdrücklich vor wirtschaftlich motivierten Beendigungen. • Wenn der Auszubildende die Zwischenprüfung nicht bestanden hat: Falsch. Das Nichtbestehen der Zwischenprüfung stellt keinen wichtigen Grund für eine außerordentliche Kündigung dar, da die Zwischenprüfung nur einen Leistungsstandpunkt abbildet und keine Abschlusswirkung hat.

12. C — Die zurückgelegte Wegstrecke des Kommissionierers soll minimiert werden.

Durch eine optimierte Reihenfolge der Entnahmepunkte wird die zurückgelegte Wegstrecke minimiert, was Zeit spart und die Produktivität erhöht. Why the other options are incorrect: • Die Lagerkapazität soll durch bessere Regalnutzung erhöht werden.: Lagerkapazität wird durch Regalplanung und Lagertechnik beeinflusst, nicht durch die Kommissionier-Reihenfolge. • Die Fehlerquote bei der Entnahme soll durch klare Reihenfolge gesenkt werden.: Die Fehlerquote wird durch Prüfmethode (z. B. Scan-Kontrolle) gesenkt, nicht primär durch Wegoptimierung. • Die Lieferzeiten für Sperrgut sollen verkürzt werden.: Sperrgut-Lieferzeiten hängen von Versand- und Transportprozessen ab, nicht von der Reihenfolgeoptimierung.

13. C — Mengenfehler bei der Kommissionierung werden erkannt, da Abweichungen vom Sollgewicht auf fehlende oder überzählige Artikel hindeuten.

Die Kontrollwiegung vergleicht das tatsächliche Istgewicht des Packstücks mit dem aus dem Auftrag errechneten Sollgewicht. Weichen beide Werte ab, deutet dies auf Mengenfehler hin, z.B. fehlende oder überzählige Artikel. Why the other options are incorrect: • Die Transportkosten werden anhand des genauen Versandgewichts berechnet.: Die Versandkostenberechnung kann ein Nebeneffekt der Wiegung sein, ist aber nicht ihr primärer Zweck im Rahmen der Qualitätssicherung. • Die Haltbarkeit von Lebensmitteln wird durch das regelmäßige Wiegen der Packstücke überwacht.: Die Haltbarkeit von Lebensmitteln wird anhand von Mindesthaltbarkeitsdaten kontrolliert, nicht durch Wiegen der Packstücke. • Die Tragfähigkeit des Versandmaterials wird vor dem Versand geprüft.: Die Tragfähigkeit von Versandmaterial wird durch Verpackungsspezifikationen und Herstellerangaben sichergestellt, nicht durch eine Kommissionier-Kontrollwiegung.

14. B — Picks pro Stunde (Anzahl der Entnahmen je Zeiteinheit)

Die Kommissionierleistung wird üblicherweise in Picks pro Stunde gemessen. Sie gibt an, wie viele Entnahmen ein Kommissionierer innerhalb einer Stunde durchführt, und ist damit die unmittelbarste und gebräuchlichste Kennzahl für die individuelle Leistung im Kommissionierbereich. Why the other options are incorrect: • Lagerumschlagshäufigkeit (Anzahl der Lagerumschläge pro Jahr): Die Lagerumschlagshäufigkeit misst, wie oft der Gesamtbestand innerhalb eines Jahres erneuert wird. Sie ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl für das gesamte Lager, nicht für die Leistung einer einzelnen Person. • Kapitalbindungskosten pro belegtem Lagerplatz: Kapitalbindungskosten sind eine finanzielle Kennzahl zur Bewertung des im Lager gebundenen Kapitals. Sie sagt nichts über die Geschwindigkeit oder Korrektheit der Kommissionierung aus. • Bestandsreichweite in Verkaufstagen: Die Bestandsreichweite gibt an, für wie viele Tage der aktuelle Bestand bei gegebenem Verbrauch reicht. Sie ist eine dispositive Planungskennzahl ohne direkten Bezug zur Kommissionierleistung.



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



15. B — 3 Mitglieder

Gemäß § 4 GenG sind zur Gründung einer eingetragenen Genossenschaft mindestens 3 Mitglieder erforderlich. Diese Mindestanzahl muss auch dauerhaft aufrechterhalten werden. Why the other options are incorrect: • 2 Mitglieder: 2 Mitglieder sind nicht ausreichend; das GenG schreibt ausdrücklich eine Mindestanzahl von 3 Personen vor. • 5 Mitglieder: 5 Mitglieder wären mehr als das gesetzliche Minimum; die eG kann bereits mit 3 Personen gegründet werden. • 7 Mitglieder: 7 Mitglieder ist die Mindestanzahl für einen eingetragenen Verein (e.V.) gemäß § 56 BGB, nicht für eine Genossenschaft nach GenG.

16. C — Senkung der Unternehmensteuern und Deregulierung zur Stärkung der Investitionsanreize

Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik setzt auf die Verbesserung der Produktionsbedingungen: Steuersenkungen, Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sollen private Investitionen fördern und so langfristig Wachstum und Beschäftigung steigern. Why the other options are incorrect: • Staatliche Konjunkturprogramme zur direkten Stimulierung der Konsumnachfrage: Staatliche Konjunkturprogramme zur Nachfragestimulierung sind ein klassisches Instrument der nachfrageorientierten (keynesianischen) Wirtschaftspolitik. • Ausweitung des Staatsdefizits zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturprojekte: Die bewusste Ausweitung des Staatsdefizits ('deficit spending') ist ein Kernelement des Keynesianismus, nicht der Angebotspolitik. Angebotspolitik strebt eher nach soliden Staatshaushalten. • Erhöhung von Sozialleistungen zur Stärkung der Kaufkraft einkommensschwacher Haushalte: Die Erhöhung von Sozialleistungen zur Kaufkraftstärkung zielt auf die Nachfrageseite und ist typisch für nachfrageorientierte Ansätze, nicht für die Angebotsorientierung.

17. B — Die Gesamtkosten aus Bestellkosten und Lagerhaltungskosten zu minimieren.

Die optimale Bestellmenge liegt dort, wo die Summe aus Bestellkosten (sinken bei größeren Mengen) und Lagerhaltungskosten (steigen bei größeren Mengen) minimal ist. Beide Kostenblöcke stehen in einem gegenläufigen Verhältnis zueinander. Why the other options are incorrect: • Die Anzahl der Bestellvorgänge pro Jahr möglichst gering zu halten.: Wenige Bestellungen bedeuten große Bestellmengen und damit hohe Lagerhaltungskosten – das ist nicht zwangsläufig wirtschaftlich. • Den Lagerbestand möglichst hoch zu halten, um Lieferengpässe zu vermeiden.: Ein dauerhaft hoher Lagerbestand verursacht steigende Kapitalbindungs- und Lagerkosten und widerspricht dem Ziel der Kostenminimierung. • Den Sicherheitsbestand vollständig zu ersetzen.: Der Sicherheitsbestand wird separat berechnet und hat einen anderen Zweck (Puffer für Nachfrageschwankungen); die optimale Bestellmenge ersetzt ihn nicht.

18. C — Ein Artikel, der häufig umgeschlagen wird und sich nur kurze Zeit im Lager befindet.

Schnelldreher (auch 'Fast Mover' oder A-Artikel) sind Waren mit hoher Umschlagshäufigkeit. Sie werden oft in griffnahen, gut zugänglichen Lagerbereichen platziert, um Wege zu minimieren und den Warenfluss zu beschleunigen. Why the other options are incorrect: • Ein Artikel, der aufgrund seines hohen Gewichts maschinell umgelagert werden muss.: Das Gewicht eines Artikels bestimmt die Handhabung, hat aber keinen Einfluss auf die Klassifikation als Schnelldreher. • Eine Ware, die sehr selten bestellt wird und einen hohen Sicherheitsbestand erfordert.: Selten bestellte Artikel mit hohem Sicherheitsbestand sind typische 'Langsamdreher' oder C-Artikel, das Gegenteil eines Schnelldrehers. • Ein Produkt, das ausschließlich im Hochregallager gelagert werden darf.: Die Zuordnung zu einem bestimmten Lagerbereich (z. B. Hochregallager) ist eine Frage der Lagerorganisation, nicht der Definition eines Schnelldrehers.

19. B — Vorgaben zu Verpackungseinheiten, Etikettierungsanforderungen, Anlieferzeitfenstern und Palettierungsvorschriften

Anliefvorschriften legen verbindlich fest, wie Waren verpackt, etikettiert und palettiert sein müssen und zu



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



welchen Zeiten Lieferungen erfolgen dürfen. Dies ermöglicht einen effizienten und fehlerarmen Wareneingang. Why the other options are incorrect: • Angaben zur Unternehmensgeschichte und dem Gründungsjahr des Warenempfängers: Die Unternehmensgeschichte ist für den Wareneingang betrieblich irrelevant und kein Bestandteil von Lieferantenrichtlinien. • Die Gehaltsstruktur und Schichtpläne der Mitarbeiter im Wareneingang: Gehaltsinformationen sind vertrauliche Personaldaten und werden in keiner Lieferantenrichtlinie veröffentlicht. • Interne Sicherheitsvorschriften und Brandschutzpläne für das Lagerpersonal: Interne Sicherheits- und Brandschutzvorschriften richten sich an das eigene Personal, nicht an externe Lieferanten.

20. C — Er dokumentiert Anzahl und Art der mitgelieferten Lademittel (z. B. Europaletten) und bildet die Basis für die korrekte Abwicklung des Tausch- oder Gutschriftverfahrens

Der Lademittelbegleitschein hält schriftlich fest, wie viele und welche Lademittel (z. B. EUR-Paletten, Gitterboxen) mit der Lieferung übergeben werden. Er ist die Grundlage für den sofortigen Palettentausch oder – wenn kein Tausch möglich ist – für die spätere Abrechnung über ein Palettenkonto. Why the other options are incorrect: • Er belegt die CE-Zertifizierung und geprüfte Tragfähigkeit der angelieferten Lademittel: Sicherheits- und Zertifizierungsnachweise für Lademittel sind separate technische Dokumente; der Lademittelbegleitschein ist ein logistisches Übergabedokument zur Mengendokumentation, kein Prüfzertifikat. • Er dient als Ersatz für den Lieferschein, wenn dieser unleserlich oder beschädigt ist: Der Lademittelbegleitschein ergänzt den Lieferschein, ersetzt ihn jedoch nicht; er bezieht sich ausschließlich auf die Lademittel, nicht auf die transportierten Waren selbst. • Er bestätigt, dass die Lademittel bereits im Lagerverwaltungssystem des Empfängers erfasst wurden: Der Lademittelbegleitschein wird beim Entladen übergeben und erst dann im Wareneingang verarbeitet; er bestätigt keine zuvor erfolgte Buchung im LVS des Empfängers.

21. A — Die Angebotskurve verschiebt sich nach links, der Gleichgewichtspreis steigt und die Gleichgewichtsmenge sinkt.

Die Verbrauchsteuer erhöht die Abgabekosten der Hersteller. Dadurch verschiebt sich die Angebotskurve nach links: Bei jedem Preisniveau wird weniger produziert. Im neuen Gleichgewicht ist der Preis höher und die gehandelte Menge geringer. Why the other options are incorrect: • Die Nachfragekurve verschiebt sich nach rechts, da Verbraucher Vorräte anlegen wollen.: Die Steuer wirkt primär auf die Angebotsseite, nicht auf die Nachfragekurve. Eventuelle Hamsterkäufe sind kein dauerhafter Gleichgewichtseffekt. • Das Angebot bleibt unverändert, da die Steuer nur den Staatshaushalt betrifft.: Die Steuer belastet die Hersteller direkt als Kostenfaktor – das Angebot verändert sich dadurch sehr wohl. • Der Gleichgewichtspreis sinkt, da Hersteller günstiger verkaufen, um Umsatzeinbußen zu vermeiden.: Höhere Steuerlast bedeutet höhere Kosten; dies führt im Marktgleichgewicht zu steigenden, nicht sinkenden Preisen.

22. B — Anfechtung des Kaufvertrags wegen arglistiger Täuschung gemäß § 123 BGB

Da der Verkäufer einen bekannten Mangel arglistig verschwiegen, kann Frau Vogel den Kaufvertrag nach § 123 BGB wegen arglistiger Täuschung anfechten und damit die Rückabwicklung des Vertrags erreichen. Die Anfechtungsfrist beträgt ein Jahr ab Kenntnis der Täuschung (§ 124 BGB). Arglist hebt zudem jeden vereinbarten Haftungsausschluss auf (§ 444 BGB). Why the other options are incorrect: • Ausschließlich Nacherfüllung in Form einer Reparatur auf Kosten des Verkäufers: Nacherfüllung ist der erste Schritt bei gewöhnlichen Sachmängeln. Bei arglistiger Täuschung stehen Frau Vogel darüber hinaus das Anfechtungsrecht und ggf. Schadensersatzansprüche zu. • Nur Minderung des Kaufpreises, da gebrauchte Fahrzeuge grundsätzlich mangelbehaftet sind: Eine Minderung wäre zwar möglich, ist aber nicht das stärkste Recht. Die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung ermöglicht die vollständige Rückabwicklung des



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Vertrags. • Keine Rechte, da beim Gebrauchtwagenkauf ein genereller Gewährleistungsausschluss gilt: Ein vertraglicher Gewährleistungsausschluss ist beim Gebrauchtwagenkauf unter Privatleuten grundsätzlich möglich. § 444 BGB hebt ihn jedoch zwingend auf, wenn der Verkäufer einen Mangel arglistig verschwiegen hat.

23. C — 2 Jahre ab Gefahrübergang

Gemäß § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beim Kauf beweglicher Sachen zwei Jahre ab Ablieferung (Gefahrübergang). Im Verbrauchsgüterkauf ist diese Frist zwingend und kann vertraglich nicht unterschritten werden. Why the other options are incorrect: • 6 Monate ab Gefahrübergang: 6 Monate ist keine eigenständige Gewährleistungsfrist, sondern die frühere Dauer der Beweislastumkehr (bis 31.12.2021). Die eigentliche Gewährleistungsfrist beträgt 2 Jahre. • 1 Jahr ab Kaufdatum: 1 Jahr entspricht der aktuellen Dauer der Beweislastumkehr nach § 477 BGB n.F. (seit 2022), nicht der gesamten Gewährleistungsfrist. • 3 Jahre ab Entdeckung des Mangels: 3 Jahre ist die regelmäßige zivilrechtliche Verjährungsfrist nach § 195 BGB, gilt aber nicht spezifisch für kaufrechtliche Mängelansprüche.

24. A — Nein, denn AGB werden nach § 305 Abs. 2 BGB nur dann Vertragsbestandteil, wenn der Verwender vor oder bei Vertragsschluss ausdrücklich auf sie hinweist und der anderen Partei die Möglichkeit gibt, von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen.

Nach § 305 Abs. 2 BGB werden AGB nur dann Vertragsbestandteil, wenn der Verwender bei Vertragsschluss ausdrücklich auf sie hinweist und der Vertragspartner zumutbar die Möglichkeit hatte, von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen. Eine Übersendung der AGB erst mit der Rechnung nach Vertragsschluss genügt diesen Anforderungen nicht – der Vertrag war zu diesem Zeitpunkt bereits wirksam ohne die AGB geschlossen. Why the other options are incorrect: • Ja, denn die AGB wurden mit der Rechnung übermittelt und gelten damit rückwirkend als vereinbart.: Falsch. Eine nachträgliche Übersendung der AGB kann keine rückwirkende Einbeziehung bewirken. Der Vertragsschluss liegt zeitlich vor der Übermittlung; zu diesem Zeitpunkt konnten die AGB nicht mehr Vertragsgegenstand werden. • Ja, sofern die AGB keine überraschenden Klauseln im Sinne von § 305c BGB enthalten.: Falsch. § 305c BGB regelt das Verbot überraschender Klauseln und setzt eine bereits wirksame Einbeziehung voraus. Ohne diese greift § 305c BGB gar nicht erst; inhaltliche Unbedenklichkeit heilt den Einbeziehungsmangel nicht. • Nein, denn AGB dürfen im stationären Einzelhandel gegenüber Verbrauchern grundsätzlich nicht verwendet werden.: Falsch. AGB dürfen auch im stationären Einzelhandel gegenüber Verbrauchern grundsätzlich verwendet werden. Sie unterliegen lediglich den strengen Einbeziehungsvoraussetzungen (§ 305 Abs. 2 BGB) und der Inhaltskontrolle nach §§ 307–309 BGB.

25. B — Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung

Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sind Vorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 EStG und zählen zu den Sonderausgaben; sie können bis zu einem gesetzlichen Höchstbetrag die Steuerlast mindern. Why the other options are incorrect: • Bewerbungskosten für eine neue Stelle: Bewerbungskosten sind Werbungskosten (§ 9 EStG), da sie der Erzielung künftiger Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit dienen, keine Sonderausgaben. • Aufwendungen für die Anschaffung eines beruflich genutzten Laptops: Ein beruflich genutzter Laptop zählt als Arbeitsmittel zu den Werbungskosten (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 EStG), nicht zu den Sonderausgaben. • Fahrtkosten zu einer beruflichen Weiterbildungsveranstaltung des Arbeitgebers: Fahrtkosten zu beruflichen Weiterbildungen sind Werbungskosten, weil sie beruflich veranlasst sind und der Einkommenserzielung dienen.

26. B — Solidaritätsprinzip

Das Solidaritätsprinzip ist das tragende Grundprinzip der gesetzlichen Sozialversicherung: Starke helfen



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Schwachen, Gesunde helfen Kranken. Beiträge richten sich nach dem Einkommen, Leistungen nach dem Bedarf – unabhängig von der gezahlten Beitragshöhe. Why the other options are incorrect: •

Äquivalenzprinzip: Das Äquivalenzprinzip gilt in der Privatversicherung: Beitrag und Leistung stehen in einem direkten Verhältnis zueinander; höheres Risiko bedeutet höhere Prämie. • Kapitaldeckungsprinzip: Das Kapitaldeckungsprinzip beschreibt eine Finanzierungsform, bei der Beiträge angespart und verzinst werden (wie in der privaten Altersvorsorge), nicht das Prinzip sozialer Umverteilung. • Subsidiaritätsprinzip: Das Subsidiaritätsprinzip regelt die Aufgabenverteilung zwischen staatlichen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) und ist kein Finanzierungsprinzip der Sozialversicherung.

27. A — 5 Jahre (60 Monate)

Die allgemeine Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung beträgt 5 Jahre (60 Monate) und ist die grundlegende Mindestvoraussetzung für den Anspruch auf eine Regelaltersrente. Why the other options are incorrect: • 10 Jahre (120 Monate): 10 Jahre ist keine standardmäßige Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung; diese Angabe entspricht keiner gesetzlich definierten Wartezeit. • 15 Jahre (180 Monate): 15 Jahre entspricht keiner offiziellen Wartezeit im deutschen Rentenversicherungsrecht. • 35 Jahre (420 Monate): 35 Jahre ist die sogenannte 'große Wartezeit', die für die Altersrente für langjährig Versicherte gilt – nicht für die Regelaltersrente.

28. A — Ausschließlich Gewerkschaften

Tarifverträge dürfen auf Arbeitnehmerseite nur von Gewerkschaften abgeschlossen werden, da diese als Tarifvertragsparteien anerkannt sind (§ 2 TVG). Why the other options are incorrect: • Der Betriebsrat: Der Betriebsrat vertritt die Belegschaft innerbetrieblich, ist aber keine Tarifvertragspartei und darf keine Tarifverträge schließen. • Jeder einzelne Arbeitnehmer: Einzelne Arbeitnehmer können nur Einzelarbeitsverträge aushandeln, keine Tarifverträge. • Der Betriebsrat gemeinsam mit dem Arbeitnehmer: Weder Betriebsrat noch einzelne Arbeitnehmer sind nach dem Tarifvertragsgesetz tarifvertragsfähig.

29. A — Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, angemessenes Wirtschaftswachstum

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 definiert vier Ziele: Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum – zusammen das 'Magische Viereck'. Why the other options are incorrect: • Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit: Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit sind keine Bestandteile des Magischen Vierecks; sie wurden erst später als Erweiterungen diskutiert (z.B. 'Magisches Sechseck'). • Wirtschaftswachstum, Exportsteigerung, Vollbeschäftigung, Steuersenkung: Exportsteigerung und Steuersenkung sind keine gesetzlich festgelegten Ziele des Stabilitätsgesetzes – das Ziel lautet 'außenwirtschaftliches Gleichgewicht', nicht einseitige Exportsteigerung. • Preisstabilität, Wohlstandsverteilung, Wirtschaftswachstum, Außenhandelsüberschuss: Wohlstandsverteilung und ein expliziter Außenhandelsüberschuss zählen nicht zu den vier im Gesetz verankerten Zielen des Magischen Vierecks.

30. C — 20 Arbeitstage

§ 3 Abs. 1 BUrlG legt den Mindesturlaub auf 24 Werktage fest, wobei Werktage alle Tage außer Sonn- und Feiertagen sind (also auch Samstag = 6 Werktage/Woche). Bei einer Fünf-Tage-Woche ergibt die Umrechnung 20 Arbeitstage ($24 \div 6 \times 5$). Why the other options are incorrect: • 28 Arbeitstage: 28 Arbeitstage übersteigen den gesetzlichen Mindestanspruch; ein solcher Urlaubsumfang kann tarif- oder einzelvertraglich vereinbart werden, ist aber nicht gesetzlich vorgeschrieben. • 24 Arbeitstage: 24 Werktage nach BUrlG beziehen sich auf eine Sechs-Tage-Woche (Montag bis Samstag). Bei einer Fünf-Tage-Woche sind es



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



umgerechnet nur 20 Arbeitstage. • 30 Arbeitstage: 30 Urlaubstage liegen deutlich über dem gesetzlichen Mindestniveau und sind nur durch tarif- oder einzelvertragliche Regelungen möglich.



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Ready to pass?

Unlock the full Lagerlogistik bank, every explanation, and unlimited timed mock exams.

Scan to start practising

<https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

Also on iOS & Android — search your exam name on the App Store or Google Play



Unlock all 496 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/lagerlogistik>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start